

Medienmitteilung Nr. 7

Thema	Abstimmungsparolen 28. November 2010
Für Rückfragen	Städtisch: Nathan Güntensperger, Stadtrat, mobile +41 78 611 59 29 National: Dennis Briechle, Präsident, mobile +41 78 857 03 13
Absender	Grünliberale Partei Biel/Bienne, 2502 Biel/Bienne Tel +41 78 788 23 93, eMail biel@grunliberale.ch www.biel.grunliberale.ch
Datum	8. November 2010

Grünliberale empfehlen das Budget 2011 zur Ablehnung

Der Vorstand und die Fraktion der Grünliberalen Biel/Bienne empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern das Budget 2011 zur Ablehnung. Trotz düsterer Prognosen in der Finanzplanung für die nächsten Jahre, hat der Stadtrat auch dieses Jahr ein defizitäres Budget verabschiedet. Für die Grünliberalen unverständlich ist, dass die Ratslinke trotzdem diverse neue Stellen bewilligte, der Grossteil davon in der (Bildungs- & Sozial-)verwaltung und sich in keiner einzigen Frage kompromissbereit zeigte. Auf nationaler Ebene sprechen sich die Grünliberalen Biel/Bienne gegen die Ausschaffungsinitiative aus und befürworten den Gegenvorschlag. Die Steuergerechtigkeitsinitiative empfehlen sie zur Annahme.

Die Grünliberale Biel/Bienne empfehlen den Bielerinnen und Bielern das Budget 2011 zur Ablehnung. Es sieht ein Defizit von CHF 15 Mio vor. Angesichts der Finanzplanung für die nächsten Jahre, welche Defizite in der Höhe von mehreren Dutzend Mio Franken vorsehen, ist es für die Grünliberalen unverständlich, dass nicht bereits 2011 erste Schritte in Richtung eines ausgeglicheneren Budgets vorgenommen werden. Die kompromisslose Haltung der Ratslinken lässt für die Stadtfinanzen in den nächsten Jahren nichts Gutes verheissen. Dass selbst die Kürzungsanträge beim Sachaufwand, welche keine Sparanträge waren, sondern nur das Ausgabenwachstum bremsen wollten, abgelehnt wurden lässt tief blicken.

NEIN zur Ausschaffungsinitiative, JA zum Gegenvorschlag

Bei den nationalen Vorlagen haben die Grünliberalen Biel/Bienne die Nein-Parole zur Ausschaffungsinitiative der SVP beschlossen. Die Initiative hat mehrere Schwächen: Der Katalog der von ihr aufgezählten Delikte ist willkürlich und sie führt in zweierlei Hinsicht zu Problemen mit dem internationalen Recht: Einerseits besteht Konfliktpotential mit der Personenfreizügigkeit und somit mit den bilateralen Verträgen, andererseits verstösst sie gegen das Non-Refoulement-Prinzip, welches besagt, dass niemand in einen Staat ausgeschafft werden darf, wenn ihm dort Folter oder der Tod droht. Würde die Initiative angenommen werden, so müsste jemand der einen Einbruchs begangen hat selbst dann ausgeschafft werden, wenn ihm in seinem Heimatstaat der sichere Tod droht. Der Gegenvorschlag hingegen nimmt das Anliegen der Initiative auf, stellt aber sicher, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt bleibt und die Bestimmungen des internationalen Rechts beachtet werden.

JA zur Steuergerechtigkeitsinitiative

Die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP empfehlen die Grünliberalen Biel/Bienne zur Annahme. Die Grünliberalen Biel/Bienne stehen grundsätzlich zum Steuerwettbewerb und der kantonalen Autonomie bei der Steuergesetzgebung. Sie sind allerdings auch der Ansicht, dass der Steuerwettbewerb zum Teil absurde Formen angenommen hat, welche der nationale Finanzausgleich nicht genügend ausgleicht. Aus diesem Grund befürworten sie die Steuergerechtigkeitsinitiative, welche nicht radikal ist und nur einen kleinen Teil der Bevölkerung (schätzungsweise 30'000 Personen) direkt betrifft. Sie sind überzeugt davon, dass in den betreffenden Kantonen durch die Mehreinnahmen der gut verdienenden eine steuerliche Entlastung des Mittelstandes erfolgen kann.